

«Der Aufstieg der Extremisten macht mir Sorgen»

SVP-Chefstrategie Christoph Blocher sieht die Erfolge der Rechtspopulisten kritisch. Die jüngste Abstimmungspleite aber werde seine Partei stärken.

INTERVIEW: SERMÍN FAKI, SIMON MARTI;
FOTOS: VALERIANO DI DOMENICO

Herr Blocher, wie geht es Ihnen nach der zweiten Abstimmungspleite in Folge?

Christoph Blocher: Leider wurde das neue Asylgesetz gutgeheissen. Sorgen bereitet mir im Zusammenhang mit den Problemen rund um die Zuwanderung aber auch der damit verbundene Siegeszug der Extremisten, die eine geordnete Politik ablehnen. Schauen Sie nur nach Europa oder in die USA.

Ist Ihnen der Gedanke an einen Präsidenten Donald Trump tatsächlich unheimlich?

Nein, aber das Phänomen dahinter. Das Erstarken dieser Bewegungen zeigt, dass die

Bürger den Glauben an die etablierten Politiker verloren haben. Das muss zu denken geben. Dank der direkten Demokratie und der SVP ist es in der Schweiz zum Glück noch nicht so weit gekommen.



«Ich habe weder Frau Le Pen noch Herrn Haider je getroffen»

Die Schweizer glauben noch an die Politik?

Das wäre übertrieben. Aber weil die SVP die Zuwanderung und den Asylmissbrauch nicht nur anprangert, sondern ernsthaft Abhilfe schafft, gibt es hier keinen Raum für extremistische Bewegungen.

Moment. Die SVP weist selbst alle Elemente einer rechtspopulistischen Bewegung auf: Sie sind der Volkstribun, schiessen gegen die Classe politique, machen Stimmung gegen Ausländer. Das soll ein Bollwerk gegen Populismus sein?

Genau diese Stigmatisierung führt zum Extremismus. Parteien, welche die herrschenden Zustände hinterfragen und den Finger auf die Versäumnisse der Politik legen, sind keine «rechtspopulistischen» Bewegungen. Es ist typisch: Wer sich gegen die Einbindung der Schweiz in die EU und für die schweizerische Selbstbestimmung einsetzt, wird in diese Ecke gestellt. Doch grenzt man besorgte Bürger aus, radikalisieren sie sich, ob rechts oder links.

Also sind Sie der Franz Josef Strauss der Schweiz?

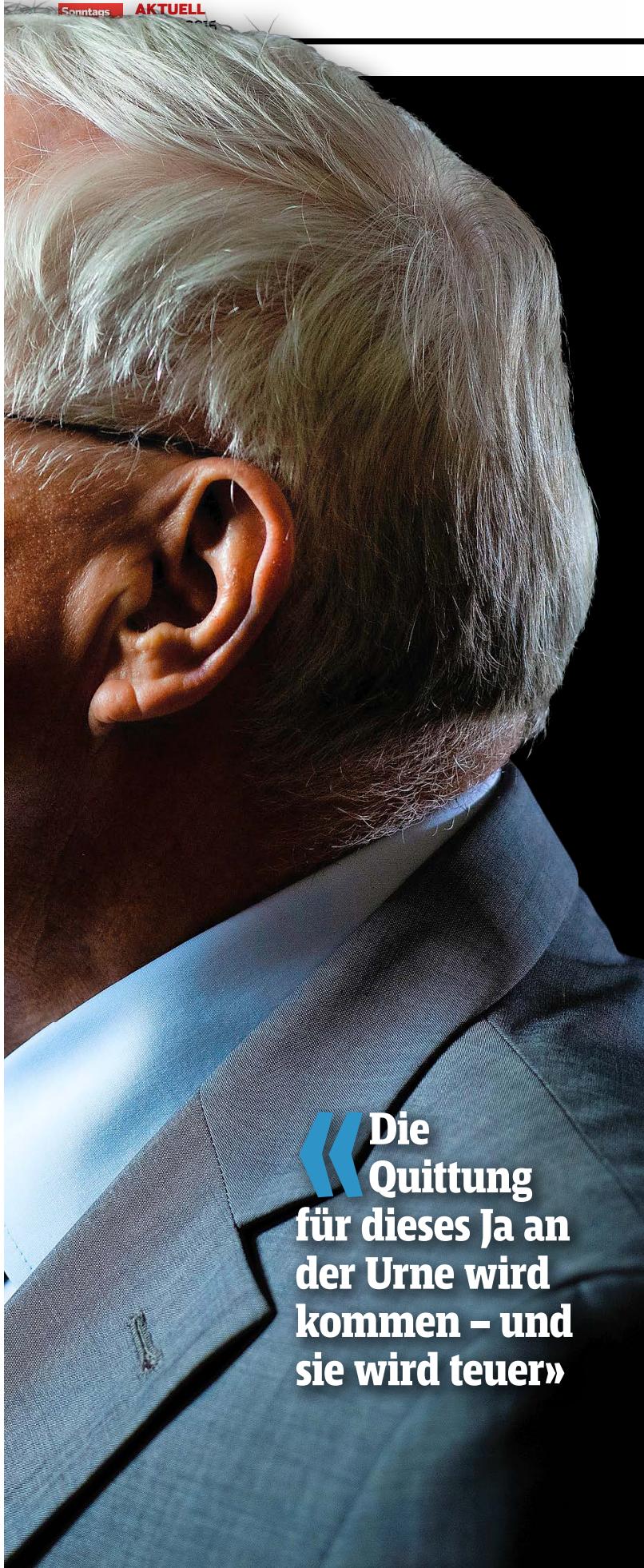
Vom ehemaligen bayerischen CSU-Ministerpräsidenten stammt die Losung, dass es rechts von ihm keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe.

Diese Losung habe ich für die SVP immer vertreten. Die Partei hat das geschafft, indem sie jene Anliegen aufgreift, die sonst «Populisten» in die Hände spielen: Überall in Europa, aber auch in den USA ist die Massenzuwanderung und der Asylmissbrauch das vorherrschende Problem. Diese Stimmung im Volk muss man ernst nehmen und nicht verdrängen.

Sie distanzieren sich

Christoph Blocher blickt mit Sorge auf den Aufstieg von Donald Trump und Co.





«Die
Quittung
für dieses Ja an
der Urne wird
kommen – und
sie wird teuer»

«Grenzt man
Bürger aus,
radikalisieren
sie sich»



ren sich von FPÖ, AfD, Front National und Ukip. In Tat und Wahrheit kopieren diese aber die SVP. Ihre Partei gilt als Aushängeschild der Rechtspopulisten.

Ich kenne diese Parteien nur aus den Medien. So habe ich weder Frau Le Pen jemals getroffen noch Herrn Haider. Die SVP ist eine Schweizer Partei und hat für die Schweiz zu schauen.

Inhaltlich wären die Parteien kein Problem?

Mit der Politik der Ukip in England haben wir weniger Mühe als mit dem Front National, denn der ist nicht nur für nationale Selbstbestimmung, sondern auch sozialistisch. National und sozialistisch – ein problematisches Gemisch. Die SVP ist zwar immer für eine souveräne Schweiz eingestanden, aber als liberal-konservative Partei.

Wenden wir uns wieder der Schweiz zu: Die SVP hat das Asylreferendum verloren. Warum?

Das war zu erwarten. Bundesrat und Parlament haben versprochen, in Zukunft würden Asylgesuche schneller erledigt, und die unechten Flüchtlinge würden ausgeschafft. Das sind Ziele der SVP-Asylpolitik. Bei der Vorlage ging es um technische Fragen.

Dennoch haben Sie das Referendum ergriffen.

Die SVP hat im Parlament unzählige Verbesserungsanträge gestellt, welche von den anderen Parteien aber abgelehnt wurden. Ohne Referendum hätte man uns später vorgeworfen, wir seien auch dafür gewesen. Aber die Quittung für dieses Ja an der Urne wird

kommen – und sie wird teuer, da können Sie sicher sein. Darum, obwohl die SVP die Abstimmung verloren hat, haben wir in der Sache gewonnen.

Wie das? Nur 33 Prozent Zustimmung sind ein Tiefpunkt.

Haben Sie nicht bemerkt, dass FDP und CVP nun eine härtere Gangart in der Asylpolitik fordern? Das ist unser Erfolg. Volksinitiativen und Referenden darf man nur einreichen, wenn man «Figgi und Mülli» hat. Hätten wir gewonnen, liefe es künftig besser im Asylwesen. Jetzt haben wir verloren, die Asylmiserie geht weiter, aber die Partei steht glaubwürdig da.

Die SVP ist seit Jahresbeginn wieder mit zwei Bundesräten in der Regierung vertreten. Das Ende des Oppositionskurses?

Die SVP ist jetzt vollwertige Regierungspartei. So hoffen wir, weniger Initiativen und Referenden lancieren zu müssen. Ausnahme ist die jetzt anstehende Auseinandersetzung in der Europafrage. Wir werden uns gegen die geplante Einbindung der Schweiz in die EU wehren. Ich habe mich aus dem Nationalrat zurückgezogen, um mich einzig auf diesen Kampf gegen den geplanten Rahmenvertrag zu konzentrieren.

Entscheidend wird sein, wie sich die Wirtschaft positioniert. Sollten die bilateralen Verträge nur mit einem Rahmenvertrag zu retten sein, haben Sie nicht nur die Parteien, sondern auch die Wirtschaft gegen sich.

Wenn es so weit kommen sollte, werden wir auch das tragen müssen, wie 1992 im Kampf gegen den EWR.

Gegen die Vorlage des Bundesrats können Sie das Referendum ergreifen. Werden Sie die Selbstbestimmungsinitiative dennoch einreichen?

Auf jeden Fall. Die Initiative gegen fremde Richter und für die rechtliche Selbstbestimmung verlangt, dass die Bundesverfassung und nicht schwammiges internationales Recht in der Schweiz gelten

Fortsetzung von Seite 21

«Der Inländer- vorrang scheint sich durchzusetzen»

soll. Spätestens im September reichen wir die Initiative ein. Die Unterschriften sind beisammen.

Im Moment laufen die Verhandlungen der SVP mit der Wirtschaft zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative. Wie ist der Stand?

Die Unternehmer anerkennen zunehmend, dass die masslose Zuwanderung gesenkt werden muss. Der Zuwanderungsartikel in der Bundesverfassung berücksichtigt auch die Bedürfnisse der Wirtschaft. Angestellte, die man in der Schweiz nicht findet, können im Ausland rekrutiert werden. Der Inländervorrang bei der Stellenbesetzung scheint sich durchzusetzen und die ganz verheerende Zuwanderung ins Sozialsystem soll ebenfalls angegangen werden. Konkrete Lösungen müssen im Detail noch ausgearbeitet werden.

Das heisst?

Ein Beispiel: Für uns dürfen Ausländer nur mit einem gültigen Arbeitsvertrag oder einer verbindlichen Offerte dazu einreisen. Heute können sie samt Familie sechs Monate mit Wohnsitz in der Schweiz eine Stelle suchen. Wenn sie keine Stelle finden, bleiben sie hier und sind Sozialhilfeempfänger. Weiter offen ist die Karenzzeit im Falle der Arbeitslosigkeit.

Wie sieht Ihr Vorschlag aus?

Jemand muss wenigstens ein Jahr in der Schweiz gearbeitet haben, bevor er Arbeitslosenunterstützung bekommt. Die SVP hat ursprünglich sogar zwei Jahre gefordert, wir sind aber bereit, uns zu bewegen. Auch bei der Beschränkung des bewilligungs- und kontingentsfreien Aufenthalts: Wir wollten diesen auf vier Monate begrenzen, die Wirtschaft fordert ein Jahr. Das kommt nicht in Frage. Der Tourismus will mindestens neun Monate. Das ist für uns denkbar, wenn es eine befriedigende Gesamtlösung gibt. ●

Gesucht: Neuer Chef-Bankier

Vincenz im Gegenwind

SERMIN FAKI, SIMON MARTI

Die Schweizerische Bankiervereinigung sucht einen Nachfolger für den abtretenden Präsidenten Patrick Odier (60). Schon morgen tagt die hochkarätige Findungskommission, um eine Kandidatenliste zu erstellen, darauf will sich der Vorstand auf einen Kandidaten einigen, der sich im September zur Wahl stellen soll.

Mit besonderer Spannung wird die Ausmarchung im Bundeshaus verfolgt – das Verhältnis zwischen dem Parlament und der Bankiervereinigung ist seit Jahren angespannt.

Ausgerechnet Kronfavorit Pierin Vincenz (60) kann dort aber nicht auf ungeteilte Unterstützung zählen. Beliebte ist der Ex-Raiffeisen-Chef vor allem bei den Linken. Er kenne die Branche, heisst es dort, sei aber nicht mehr operativ tätig. «Er spricht eine klare Sprache», sagt



Zu polarisierend? Pierin Vincenz.



Linker Support: Leutenegger Oberholzer.

SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (68). Besonders hebt sie sein Eintreten für einen sauberen Finanzplatz hervor. «Er hat früh erkannt, dass der automatische Informationsaustausch unabwendbar sein würde. Und er weiss sicher auch, dass das Steuerhinterziehergeheimnis im Inland auf Dauer nicht zu halten ist.»

Auf weniger Begeisterung stösst Vincenz bei bürgerlichen Politikern. Namentlich äussern mag sich niemand, hinter vor-

gehaltener Hand heisst es bei FDP und SVP, dass der Bündner zu sehr polarisiere. Es sei fraglich, ob er den zerstrittenen Bankenverband einen könne.

Grössere Chancen räumen bürgerliche Finanzpolitiker daher Barend Fruithof (49), Leiter der Region Schweiz bei der Bank

Julius Bär, und Olivier Steimer (61), VR-Präsident der Waadtländer Kantonalbank, ein. Ebenfalls im Rennen ist gemäss gut informierten Quellen Vontobel-VR-Präsident Herbert J. Scheidt (65). Sein Hindernis ist seine Herkunft: Scheidt ist ursprünglich Deutscher. Da schon die beiden Grossbanken UBS und CS von Ausländern dominiert seien, solle zumindest die Schweizerische Bankiervereinigung in inländischen Händen bleiben, sagen Politiker. ●

Spassembremse Köppel



Die Ausflüge der Bundeshausfraktionen sind seit jeher betont heitere Veranstaltungen. Gerade bei der SVP, die im Ruf steht, die unterhaltensamsten Bummelfahrten zu unternehmen. Die Volkspartei zog es am Mittwoch erst nach Luzern ins KKL – und von dort über den

Vierwaldstättersee nach Weggis LU. Die SVP mietete gleich zwei Boote, um die Fraktion über den See zu schippern.

Kaum in See gestochen, ging unter Deck die bange Frage durch die Runde: «Wo ist der Herr vom Gesundheitsamt?» Gemeint war Nationalrat und «Weltwoche»-

Chef Roger Köppel (51).

Dessen Blatt hat sich auch schon über Politiker beschwert, die gern zu Apéros gehen und dabei von der «Weisswein-Fraktion» gesprochen – auch SVPlers gehörten dazu. Diese Abrechnung scheint so manchem SVP-Politiker in den falschen Hals gekommen zu sein. Da aber selbst ein Roger Köppel nicht zwei Schiffe gleichzeitig persönlich überwachen kann, entspannte sich zumindest auf einem Kutter rasch die Atmosphäre – und füllten sich die Gläser. Ein Stimmungsbericht vom zweiten Boot, auf dem Köppel mutmasslich sein zwingliantisches Regime führte, ist nicht überliefert. ●

SIMON MARTI



Fotos: Keystone